



Steirische Wirtschaft sieht Reformbedarf im Regional- und Kommunalbereich

Graz, 15.6.2011

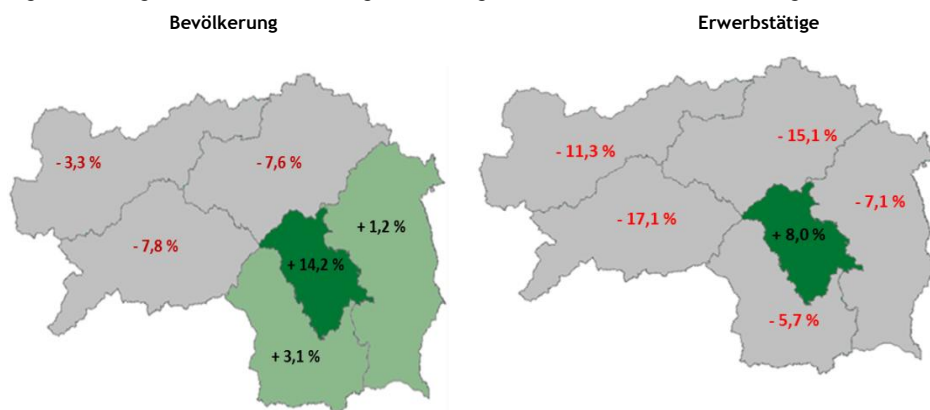
Das Setzen aktiver und gezielter regionalpolitischer Maßnahmen wird auch in der Steiermark immer wichtiger. In der Vergangenheit reichten die großen wirtschaftspolitischen Vorgaben seitens des Bundes und Landes in Kombination mit entsprechenden Impulsen seitens der Kommunen aus, um die wirtschaftliche Entwicklung auch in den Regionen abseits der Ballungsräume positiv zu voranzutreiben. Dieser Automatismus droht jedoch mehr und mehr verloren zu gehen. Die Gründe dafür sind vielschichtig, im Wesentlichen spielen aber drei Faktoren eine besondere Rolle:

1. die demographische Entwicklung in unserem Land
2. die leeren öffentlichen Kassen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene
3. sehr divergente Ansätze in der Regionalpolitik, hervorgerufen durch eine kaum überblickbare Anzahl an regionalpolitisch aktiven Institutionen.

Demographische Entwicklung stellt vor allem steirische Regionen vor Probleme

Die demographische Entwicklung in der Steiermark bringt besonders große Herausforderungen mit sich. „Die Steiermark droht nicht nur zu überaltern, sondern in einigen Gebieten regelrecht zu entvölkern“, umreißt WK-Präsident Josef Herk die Problematik. „Abseits des Grazer Ballungsraumes, vor allem in den obersteirische Bezirken macht sich der Wandel besonders stark bemerkbar. Der Steiermark könnte aufgrund dieser Entwicklungen, die kurz- und mittelfristig auch nicht umkehrbar sind, ein Land der zwei Geschwindigkeiten in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht zu werden.“

Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsbevölkerungsentwicklung in der Steiermark nach NUTS-3 Regionen bis 2030



Die Folgen für die Wirtschaft in den Regionen sind weitreichend. So dürften Gewerbebetriebe in den periphereren Bezirken der Steiermark den Lehrlings- und Fachkräftemangel in besonderer Weise zu spüren bekommen. Das „Mismatch“ am Arbeitsmarkt zwischen offenen Stellen und Arbeitsuchenden wird in den Regionen ebenfalls zunehmen. Mit einer abnehmenden Bevölkerung wird auch der Kaufkraft und damit die Nachfrage zusehends geringer. In Summe laufen viele steirische Regionen Gefahr, jene wirtschaftliche Dynamik zu

verlieren, die in den letzten Jahren in allen Teilen der Steiermark spürbar war. In letzter Konsequenz könnte der Steiermark, ohne entsprechende Gegenmaßnahmen, mittelfristig ein Wohlstandsgefälle ins Haus stehen.

Die regionalpolitische Landschaft im Überblick

In Ansätzen wird in der Steiermark seit geraumer Zeit versucht regionalpolitisch gegen zu steuern. Ein Blick auf die regionalpolitische Institutionenlandschaft offenbart, dass in diesem Bereich ein reges Treiben herrscht. Alleine am Beispiel der Region Obersteiermark-West (Bezirke Judenburg, Knittelfeld und Murau) lässt sich dies trefflich belegen. In Summe beschäftigen sich, das belegt eine aktuelle WK-Studie, alleine in dieser Region über 100 Institutionen mit regional- bzw. wirtschaftspolitischen Themen und Aufgaben. Darunter fallen unter anderem 72 Gemeinden (24 in Judenburg, 14 in Knittelfeld, 34 in Murau), 10 konstituierte Kleinregionen mit insgesamt 67 Gemeinden, 19 Tourismusverbände, 3 Bezirkshauptmannschaften, 3 Leader-Regionen, 1 Wirtschaftskammer-Regionalstelle, 3 Arbeiterkammer-Außenstellen, 3 Landwirtschaftskammer-Bezirksstellen, 1 Regionext Großregion und 1 EU-Regionalmanagement.

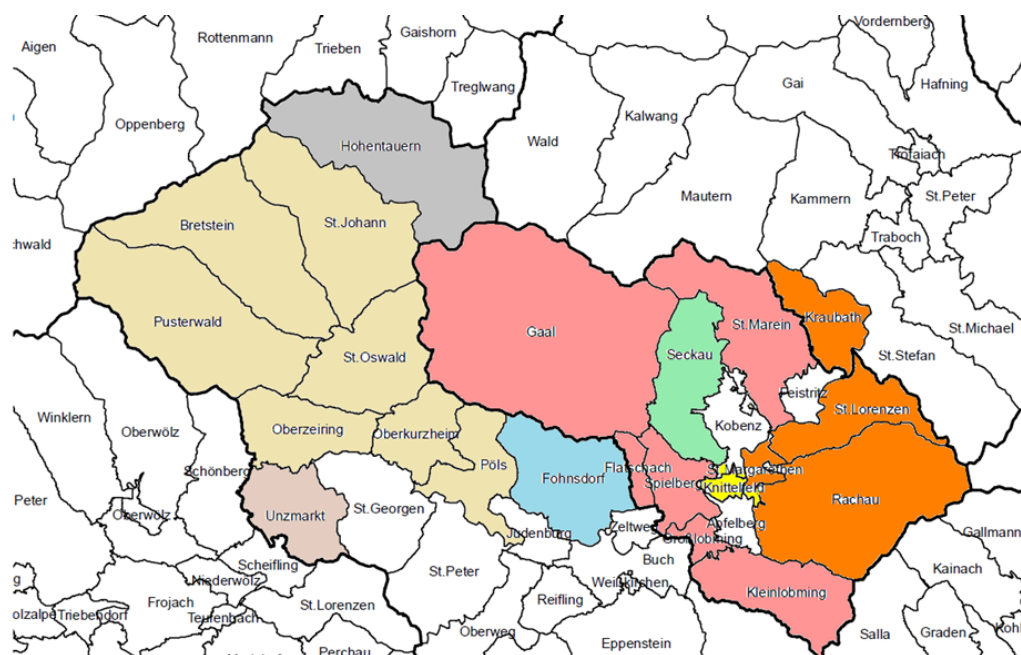


Abb. Tourismusverbände in der Leader-Region Wirtschaft.Leben

Dieser Überblick offenbart zugleich auch wie schwierig es ist, angesichts dieser Akteursvielfalt den sprichwörtlichen „roten Faden“ im Hinblick auf Ausrichtung und Schwerpunkte im Auge zu behalten, der für eine zielgerichtete und nachhaltig wirksame Regionalpolitik, vor allem unter den eingangs erwähnten Vorzeichen, notwendig ist.

Steirische Gemeinden finanziell schwer unter Druck

Ein besonders wichtiger „regionalpolitischer Player“ sind die heimischen Gemeinden. In der Steiermark gibt es 542 Gemeinden, rund 23 % aller Gemeinden in Österreich. Diese sind in der Vergangenheit als wichtiger Auftraggeber und Partner in Standortfragen für die steirische Wirtschaft und Identitätsstifter für die Bevölkerung aufgetreten sind. Nun hat auch

sie das Schicksal der leeren Kassen ereilt, wodurch ein wesentlicher regionalpolitischer Impulsgeber zusehends abhanden zu kommen droht. „Tatsächlich sind die steirischen Gemeinden wichtige Kunden der Wirtschaft“, betont WK-Direktor Thomas Spann und lässt Zahlen sprechen: „Allein 2008 wurden von den Gemeinden insgesamt 280 Millionen Euro investiert und dadurch 3500 Jobs gesichert.“

84 % der steirischen Gemeinden haben weniger als 2.500 Einwohner und liegen damit unter jener Marke liegen, die nach Ansicht vieler Experten, etwa seitens des WIFOs, als ideale Gemeindegröße angesehen wird. Im Rahmen einer 2009 seitens des WK eigenen Instituts für Wirtschafts- und Standortentwicklung durchgeführten Untersuchung der finanziellen Situation der steirischen Gemeinde inklusive einer empirischen Einschätzung der Lage seitens der Gemeinden selbst wurde offengelegt, wie schwierig die Situation auf Kommunal-ebene ist. Die Finanzschulden der steirischen Gemeinden betragen demnach bereits über 2 Mrd. Euro. Die pro Kopf Verschuldung hat sich in den letzten Jahren sukzessive nach oben entwickelt und beträgt 1.712 Euro. Obwohl die Steiermark damit den österreichischen Wert von 1.732 Euro unterschreitet, weist sie im Bundesländervergleich die vierthöchste pro Kopf Verschuldung auf (Spitzenreiter ist Niederösterreich mit 2.357 Euro). Laut 2008 wiesen bereits 524 von 542 Gemeinden Finanzschulden auf, nur 18 steirische Gemeinden sind schuldenfrei.

Besonders alarmierend ist jedoch, dass Kleinstgemeinden unter 500 Einwohner am stärksten verschuldet sind. Die besten Wert weisen Gemeinden zwischen 2.500 - 5.000 Einwohnern sowie Gemeinden zwischen 10.000 - 20.000 Einwohnern auf. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kleingemeinden liegt bei über 2.000 €.

Gemeindeverschuldung nach Größenklassen

Mittlere Verschuldung pro Kopf	Stmk	<500	500-1.000	1.001-2.500	2.501-5.000	5.001-10.000	10.001-20.000	20.001-50.000	>50.000
2006	1.681	1.976	1.615	1.593	1.415	1.661	1.513	1.500	2.145
2007	1.653	2.054	1.595	1.604	1.432	1.639	1.372	1.548	2.002
2008	1.712	2.069	1.600	1.630	1.471	1.670	1.391	1.664	2.179

in Euro

Datenquelle: Statistik Austria (ISIS-Datenbank); eigene Berechnung.

Die prekäre finanzielle Situation führt dazu, dass die Mehrheit der steirischen Gemeinden ihre Investitionen, nicht zuletzt in die bereits bestehende Infrastruktur, vornehmlich in Form von Vergaben an gewerbliche Betriebe, werden einschränken müssen. „Das trifft gerade die regionale Wirtschaft und damit Klein- und Mittelbetriebe vom Handwerksbereich, über diverse Dienstleistungssektoren bis hin zum Tourismus“, sagt Spann. „Der Druck fehlender öffentlicher Aufträge ist bereits seit Längerem spürbar. An raschen Strukturreformen führt damit kein Weg vorbei, schließlich baut die heimische Wirtschaft auch zukünftig auf investitionsfreudige Gemeinden.“ In der Steiermark sind zumindest erste Anzeichen sichtbar, dass die Probleme erkannt und in Angriff genommen werden. „Der eingeschlagene Weg von Gemeindekooperationen sollte aus unserer Sicht nicht mehr verlassen wer-

den“, betont WK-Präsident Herk. „Nur so kann es gelingen, dass die Gemeinden mittel- und langfristig finanziell gesunden.“

Reformansätze

Aus Sicht der steirischen Wirtschaftskammer führt an gezielten Weichenstellungen im regionalpolitischen Bereich kein Weg vorbei. Viele unvermeidliche Entwicklungen können zumindest gebremst werden. In einem ersten Schritt gilt es, vor allem im kommunalen Bereich finanzielle Spielräume bzw. im regionalpolitischen Bereich generell Aktionsräume zu schaffen:

- ❖ Die knapp 90 Kleinregionen sind ein guter Startpunkt für eine moderne Kommunalpolitik. Aus Sicht der WK Steiermark könnten die Kleinregionen das Rohgerüst für die steirischen Gemeinden der Zukunft bilden.
- ❖ Die Regionalpolitik per se gilt es zu straffen und gezielter auszurichten. Strukturberichtigungen müssen in diesem Zusammenhang ins Auge gefasst werden, wobei beispielsweise die Regionalmanagements eine starke Koordinierungsrolle einnehmen könnten (z.B.: Bildung, Infrastruktur, Energie, Tourismus, Beschäftigung etc.) Die WK Steiermark überlegt derzeit sich aktiv Teil in den Regionalmanagements einzubringen.
- ❖ Die Bezirksverwaltungsbehörden könnten durch die Übernahme der Bau- und Raumordnungsagenden von den Gemeinden oder diverser Agenden des Landes (z.B.: Sachverständigenleistungen) sowie eine starke Spezialisierung ebenfalls zu einer Reform im Verwaltungsbereich beitragen und damit die Regionen selbst wiederum stärken.

Darüber hinaus müssen auch im Hinblick auf die drohende demographische Schieflage selbst Maßnahmen ergriffen werden:

- ❖ Um die Regionen in punkto Attraktivität nicht noch stärker ins Abseits driften zu lassen, ist ein massierter Modernisierungsschub in der Verkehrsinfrastruktur, sowohl im Bereich der Landes- und Bundesstraßen als auch im Nahverkehr, notwendig.
- ❖ Aus- und Weiterbildung müssen in peripheren Regionen noch stärker forciert werden, wobei dies eine generelle Reform des Schulsystems mit einschließt.
- ❖ An einer Erhaltung und Stärkung von Wissenszentren in der Peripherie (zB MUL in Leoben) führt in einer wissensbasierten Wirtschaft kein Weg vorbei.
- ❖ Migration und Integration müssen auch außerhalb des Ballungsraumes Graz ein integraler Bestandteil regionaler Arbeitsmarktinitiativen werden.
- ❖ Zudem zeigen viele positive Beispiele (zB Vulkanland, „Kraft das Murtal“), dass das Setzen identitätsstärkender Maßnahmen einen wichtigen Beitrag leisten kann, um besonders junge Menschen in den Regionen zu halten.